

Sitzung des Ministerrats am 13.09.2022

TOP3: Tagesordnung der 1024. Sitzung des Bundesrates am 16. September 2022

Das Abstimmungsverhalten des Landes wird im Anschluss an die Plenarsitzung auf der Transparenzplattform veröffentlicht, siehe nachfolgende Seiten im pdf-Dokument.



Abstimmungsverhalten des Landes Rheinland-Pfalz in der 1024. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 16. September 2022¹:

Zustimmung zu den Empfehlungen und Vorschlägen in Umdruck 7/2022 (gemeinsame Abstimmung nach § 29 Absatz 2 GO, sog. „Grüne Liste“).

Zu den weiteren Tagesordnungspunkten:

1. a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)

gemäß Artikel 110 Absatz 3 GG
Drucksache 330/22
Drucksache 330/1/22

In Verbindung mit

1. b) Finanzplan des Bundes 2022 bis 2026

gemäß § 9 Absatz 2 Satz 2
Stabilitätsgesetz und
§ 50 Absatz 3 Satz 1
Haushaltsgrundsätze-gesetz
Drucksache 331/22
Drucksache 330/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdruksache 330/1/22.

5. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeit-gesetzes (BEEG) – Bemessungszeitraum

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Schleswig-Holstein
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 421/22

Ausschusszuweisung.

¹ siehe auch die Erläuterungen am Ende des Dokuments

6. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung der Strafprozessordnung - Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für den Erlass eines (Sicherungs-)Unterbringungsbefehls bei einer Krisenintervention

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Niedersachsen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 403/22 (neu)

Ausschusszuweisung.

7. Entwurf einer ... Verordnung zur Änderung der Einundvierzigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Bekanntgabeverordnung - 41. BlmschV)

gemäß Artikel 80 Absatz 3 GG
Antrag des Landes Hessen
Drucksache 251/22
Drucksache 251/1/22

Zuleitung nach Maßgabe gemäß Empfehlungsdrucksache 251/1/22.
Hilfsweise Zustimmung unverändert.
Zustimmung in der Schlussabstimmung.

9. Entschließung des Bundesrates "Maßnahmen zur Bewältigung zivilgerichtlicher Massenverfahren und zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der Justiz"

Antrag der Länder Hessen und
Sachsen-Anhalt
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 342/22

Ausschusszuweisung.

10. Entschließung des Bundesrates zum Verbot von Vorkasse-forderungen bei der Beförderung von Personen mit Luftfahrzeugen

Antrag des Landes Niedersachsen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 397/22

Ausschusszuweisung.

11. a) Entschließung des Bundesrates zur Änderung des Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht - Wiedereinführung des § 10 EGStPO zur Hemmung der Unterbrechung strafgerichtlicher Hauptverhandlungen aufgrund der COVID-19-Pandemie

Antrag der Länder Niedersachsen,
Sachsen-Anhalt und Bremen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 401/22

Ausschusszuweisung.

11. b) Entschließung des Bundesrates zur Änderung der Strafprozessordnung - Erweiterung der Hemmungstatbestände in § 229 StPO um Fälle der höheren Gewalt

Antrag des Landes Niedersachsen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 402/22

Ausschusszuweisung.

12. Entschließung des Bundesrates zur Unterstützung der Wirtschaft durch die Gewährung von Billigkeitsleistungen an von den Folgen der Aggressionen Russlands gegen die Ukraine betroffene Unternehmen

Antrag des Landes Niedersachsen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 398/22

Ausschusszuweisung.

14. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierarzneimittelgesetzes zur Erhebung von Daten über antibiotisch wirksame Arzneimittel und zur Änderung weiterer Vorschriften

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 361/22
Drucksache 361/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 361/1/22.

16. Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Kostenheranziehung von jungen Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 363/22
Drucksache 363/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 363/1/22.

17. Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1158 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 364/22
Drucksache 364/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 364/1/22 ohne Ziffer 1.

Hilfsweise Zustimmung in Ziffer 3 (keine Einwendungen).

19. Entwurf eines Gesetzes zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzstabilisierungsgesetz - GKVFinStG)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 366/22
Drucksache 366/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 366/1/22 ohne die Ziffern 5, 6, 8, 9, 18, 24 sowie Ziffer 41 hilfsweise (keine Einwendungen).

20. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 367/22
Drucksache 367/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 367/1/22 ohne die Ziffern 6, 12, 15 und 23.

21. Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnungen (EU) 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems der dritten Generation sowie zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (SIS-III-Gesetz)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 368/22

Zustimmung zu keine Einwendungen.
Zustimmung zum Plenarantrag in Drucksache 368/1/22.

22. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Planungssicherstellungsgesetzes

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 369/22
Drucksache 369/1/22

Keine Zustimmung zur Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 369/1/22.
Hilfsweise Zustimmung in Ziffer 3 (keine Einwendungen).

23. Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Bundeszentralregistergesetzes

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 370/22
Drucksache 370/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 370/1/22.
Zustimmung zum Plenarantrag in Drucksache 370/2/22.

25. Entwurf eines Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen sowie zur Umsetzung der Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 372/22
Drucksache 372/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 372/1/22 ohne die Ziffern 1, 6, 9, 11 und 13.

29. Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Brennstoffemissions-handelsgesetzes

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 376/22
Drucksache 376/1/22

Keine Zustimmung zur Stellungnahme gemäß Drucksache 376/1/22.

**35. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Berichterstattung über Umweltdaten von Industrieanlagen und zur Einrichtung eines Industrieemissionsportals
COM(2022) 157 final; Ratsdok. 8121/22**

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 190/22
zu Drucksache 190/22
Drucksache 190/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 190/1/22 ohne Ziffer 8 und 9.

**36. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Ökodesign-Anforderungen für nachhaltige Produkte und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/125/EG
COM(2022) 142 final; Ratsdok. 7854/22**

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 182/22
zu Drucksache 182/22
Drucksache 182/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 182/1/22 ohne die Ziffern 9, 10, 13, 15, 17, 29 und 35 bis 37.

**37. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Vorschriften für einen Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremdgegenüber Eigenkapitalfinanzierungen und für die Begrenzung der Abzugsfähigkeit von Zinsen für Körperschaftsteuerzwecke
COM(2022) 216 final; Ratsdok. 9076/22**

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG

Drucksache 267/22
zu Drucksache 267/22
Drucksache 267/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 267/1/22 ohne die Ziffern 3, 5 und 7.

- 39. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten, zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/1020 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 305/2011
COM(2022) 144 final; Ratsdok. 7799/22**

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 213/22
zu Drucksache 213/22
Drucksache 213/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 213/1/22 ohne die Ziffern 10, 14 und 81.

- 40. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2022
Die Lage der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union
COM(2022) 500 final**

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 335/22
Drucksache 335/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 335/1/22.

- 41. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: EU-Strategie für Solarenergie
COM(2022) 221 final**

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 274/22
Drucksache 274/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 274/1/22.

- 43. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Abschöpfung und Einziehung von Vermögenswerten
COM(2022) 245 final; Ratsdok. 9598/22**

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV
und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 281/22
zu Drucksache 281/22
Drucksache 281/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 281/1/22.

- 44. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu arbeiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten (Neufassung)
COM(2022) 655 final; Ratsdok. 8580/22**

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV
und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 280/22
zu Drucksache 280/22
Drucksache 280/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 280/1/22.

- 45. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Vorschriften zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern
COM(2022) 209 final**

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV
und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 337/22
zu Drucksache 337/22
Drucksache 337/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 337/1/22 ohne die Ziffern 13 und 15.

- 46. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Qualitäts- und Sicherheitsstandards für zur Verwendung beim Menschen bestimmte Substanzen menschlichen Ursprungs und zur Aufhebung der Richtlinien 2002/98/EG und 2004/23/EG
COM(2022) 338 final; Ratsdok. 11396/22**

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV
und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 328/22
zu Drucksache 328/22
Drucksache 328/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 328/1/22 ohne die Ziffern 2, 7 bis 12 und 15.

- 47. Gemeinsame Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Festlegung des Kurses für einen nachhaltigen blauen Planeten - Gemeinsame Mitteilung über die Agenda der EU für die internationale Meerespolitik
JOIN(2022) 28 final**

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 311/22
Drucksache 311/1/22

Keine Zustimmung zur Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 311/1/22.
Zustimmung zur Kenntnisnahme in Ziffer 7.

- 48. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1217/2009 des Rates hinsichtlich der Umstellung des Informationsnetzes landwirtschaftlicher Buchführungen auf ein Datennetz für die Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Betriebe
COM(2022) 296 final; Ratsdok. 10592/22**

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV
und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 293/22
zu Drucksache 293/22
Drucksache 293/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 293/1/22.

- 49. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/2115
COM(2022) 305 final; Ratsdok. 10654/22**

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV
und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 297/22
zu Drucksache 297/22
Drucksache 297/1/22

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache ohne Ziffer 1 Buchstaben a), d) – f), h), i), l), m), p) sowie den Ziffern 3, 4, 7 – 10, 14, 15, 16 und hw. 22 (Kenntnisnahme).
Keine Zustimmung zum Plenarantrag in Drucksache 297/2/22.

- 50. Verordnung über die von den Traumaambulanzen in der Sozialen Entschädigung zu erfüllenden Qualitätskriterien und die Pflichten der Traumaambulanz (Traumaambulanz-Verordnung - TAV)**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 351/22
Drucksache 351/1/22

Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe gemäß Empfehlungsdrucksache 351/1/22 ohne die Ziffern 4, 5, 7 und 8.
Zustimmung in der Schlussabstimmung.
Fassen der EntschlieÙung gemäß Ziffer 10.

- 51. Verordnung zur Durchführung der im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik geltenden Ausnahmeregelungen hinsichtlich der Anwendung der Standards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ-Standards) 7 und 8 für das Antragsjahr 2023 (GAP-Ausnahmen-Verordnung - GAPAusnV)**

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 420/22
Drucksache 420/1/22

Keine Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe gemäß Ziffer 1 der Empfehlungsdrucksache 420/1/22.

Zustimmung unverändert gemäß Ziffer 2.

Zustimmung in der Schlussabstimmung.

Zustimmung zur Entschließung gemäß Ziffern 4 bis 6 (ohne Ziffer 3).

53. Zweite Verordnung zur Änderung der Kassensicherungsverordnung

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 353/22
Drucksache 353/1/22

Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe gemäß Empfehlungsdrucksache 353/1/22.

Zustimmung in der Schlussabstimmung.

56. Zweite Verordnung zur Änderung der Grundwasserverordnung

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 349/22
Drucksache 349/1/22

Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe gemäß Ziffer 1 der Empfehlungsdrucksache 349/1/22 und hilfweise Zustimmung unverändert in Ziffer 2.

57. Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über mittelfristig wirksame Maßnahmen (Mittelfristenergieversorgungssicherungsmaßnahmenverordnung - EnSimiMaV)

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 407/22

Zustimmung zur Verordnung.

58. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraft- und Brennstoffen

gemäß Artikel 84 Absatz 2 GG
Drucksache 334/22
zu Drucksache 334/22
zu Drucksache 334/22 (2)
Drucksache 334/1/22

Zustimmung zur Verwaltungsvorschrift nach Maßgabe gemäß Empfehlungsdrucksache 334/1/22 ohne Ziffer 1.

Hilfweise Zustimmung unverändert in Ziffer 3.

Zustimmung in der Schlussabstimmung.

64. Änderung der Geschäftsordnung des Bundesrates

gemäß Artikel 52 Absatz 3 Satz 2 GG
Drucksache 435/22

Zustimmung zur Änderung.

65. Gesetz zur Stärkung des Schutzes der Bevölkerung und insbesondere vulnerabler Personengruppen vor COVID-19

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 433/22
Drucksache 433/1/22

Zustimmung zum Gesetz gemäß Ziffer 1 der Empfehlungsdrucksache 433/1/22 und zum Fassen der EntschlieÙung in Ziffer 2.

66. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Vermögensanlagengesetzes

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag der Freien und Hansestadt Hamburg
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 428/22

Ausschusszuweisung.

67. EntschlieÙung des Bundesrates zur Fortsetzung und Verstetigung des Bundesprogramms "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist"

Antrag der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Saarland
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 434/22

Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung und zum Fassen der EntschlieÙung.

68. EntschlieÙung des Bundesrates zur steuerlichen Unterstützung der Energiewende im Bereich der Denkmalpflege

Antrag des Freistaates Bayern
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 431/22

Ausschusszuweisung.

69. EntschlieÙung des Bundesrates "Nachhaltige Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes durch den Bund"

Antrag des Landes Sachsen-Anhalt
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 438/22

Ausschusszuweisung.

70. Entschließung des Bundesrates zur angemessenen Beteiligung des Bundes an den Kosten für Staatsschutzsachen

Antrag der Länder Bayern,
Sachsen-Anhalt
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 430/22

Ausschusszuweisung.

72. Entschließung des Bundesrates - Dringender Handlungsbedarf bei der Umsetzung der Europäischen Medizinprodukteverordnung (MDR)

Antrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 445/22

Ausschusszuweisung.

73. Entschließung des Bundesrates zur Senkung der Kraftstoffpreise

Antrag des Freistaates Bayern
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 446/22

Keine Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung und zum Fassen der Entschließung.

Ausschusszuweisung.

74. Entschließung des Bundesrates "Kurzfristige Sicherung der Liquidität der Krankenhäuser, der Reha- und Vorsorgeeinrichtungen sowie von medizinischen Einrichtungen und Pflegeeinrichtungen wegen außerordentlicher Hilfsweise Steigerungen bei Energie- und Sachkosten"

Antrag der Länder Bayern, Baden-Württemberg,
Schleswig-Holstein
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 447/22

Ausschusszuweisung.

75. Entschließung des Bundesrates zur Abschaffung der Gasumlage

Antrag des Landes Bayern
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 448/22

Keine Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung und zum Fassen der Entschließung.

Ausschusszuweisung.

76. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Freistaates Bayern

Geschäftsordnungsantrag des
Freistaates Bayern
Drucksache 312/22
Drucksache 312/1/22

Keine Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung und zur Einbringung in den
Bundestag.

Fortsetzung der Ausschussberatungen.

Umdruck 7/2022 („Grüne Liste“)

Betr.: 1024. Sitzung des Bundesrates am Freitag, dem 16. September 2022, 09.30 Uhr

Zu den Punkten 2 bis 4, 8, 13, 15, 18, 24, 26 bis 28, 30 bis 34, 38, 42, 52, 54, 55, 59 bis 63 und 71 der Tagesordnung der 1024. Sitzung des Bundesrates am Freitag, dem 16. September 2022, möge der Bundesrat gemäß den vorliegenden Empfehlungen und Vorschlägen beschließen:

I.

Den Gesetzen zuzustimmen:

2. Zweites Gesetz zur Änderung des Hopfengesetzes

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 404/22
Ausschussbeteiligung

- AV -

3. Gesetz zu dem Protokoll vom 29. Oktober 2021 zur Änderung des Abkommens vom 7. Oktober 2011 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mauritius zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen

gemäß Artikel 105 Absatz 3 GG
Drucksache 405/22
Ausschussbeteiligung

- Fz -

4. Gesetz zu dem Protokoll vom 8. Oktober 2021 zur Änderung des Abkommens vom 9. Juli 2008 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Mexikanischen Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

gemäß Artikel 105 Absatz 3 GG
Drucksache 406/22
Ausschussbeteiligung

- Fz -

II.

Die EntschlieÙung zu fassen:

- 8. EntschlieÙung des Bundesrates für den Erhalt der Pressevielfalt - innovations-offene und plattformneutrale Förderung der flächendeckenden Versorgung mit periodischen Presseerzeugnissen schnellstmöglich beginnen**

Antrag der Länder Sachsen,
Niedersachsen und Bremen,
Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein
und Rheinland-Pfalz, Hamburg, Saarland
Drucksache 309/22
Ausschussbeteiligung

- K - In - Wi -

III.

Zu den Gesetzentwürfen die in den jeweils zitierten Empfehlungsdruksachen wiedergegebenen Stellungnahmen abzugeben:

- 13. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Bestimmungen der Umwandlungsrichtlinie über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei grenzüberschreitenden Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 360/22
Drucksache 360/1/22²
Ausschussbeteiligung

- AIS - Wi -

- 15. Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes**

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 362/22
zu Drucksache 362/22
Drucksache 362/1/22³
Ausschussbeteiligung

- AV - In -

² Wi empfiehlt, keine Einwendungen zu erheben.

³ In empfiehlt, keine Einwendungen zu erheben.

18. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, des Stabilitätsratsgesetzes sowie weiterer Gesetze

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 365/22
Drucksache 365/1/22
Ausschussbeteiligung

- Fz -

24. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Umwandlungsrichtlinie

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 371/22
Drucksache 371/1/22⁴
Ausschussbeteiligung

- R - AIS - In -
- Wi -

26. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Aufsicht bei Rechtsdienstleistungen und zur Änderung weiterer Vorschriften des Rechts der rechtsberatenden Berufe

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 373/22
Drucksache 373/1/22
Ausschussbeteiligung

- R - Fz -

27. Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Elektro- und Elektronikgerätesgesetzes

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 374/22
Drucksache 374/1/22⁵
Ausschussbeteiligung

- U - Wi -

⁴ In und Wi empfehlen, keine Einwendungen zu erheben.

⁵ Wi empfiehlt, keine Einwendungen zu erheben.

IV.

Gegen die Gesetzentwürfe keine Einwendungen zu erheben:

- 28. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2023 (ERP-Wirtschaftsplangesetz 2023)**
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 375/22
Ausschussbeteiligung - Wi -
- 30. Entwurf eines Gesetzes zu den Änderungen vom 26. November 2015, 14. Dezember 2017 und 6. Dezember 2019 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs vom 17. Juli 1998**
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 377/22
Ausschussbeteiligung - AA -
- 31. Entwurf eines Gesetzes zu dem Fakultativprotokoll vom 10. Dezember 2008 zum Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte**
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 378/22
Ausschussbeteiligung - A/S - AA -
- 32. Entwurf eines Gesetzes zum Entwurf eines Beschlusses des Rates über die Feststellung des Verstoßes gegen restriktive Maßnahmen der Union als einen die Kriterien nach Artikel 83 Absatz 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union erfüllenden Kriminalitätsbereich**
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 5 GG
Drucksache 333/22
Ausschussbeteiligung - EU - R - Wi -

33. Entwurf eines Gesetzes zu dem Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits vom 30. Oktober 2016

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 379/22
Ausschussbeteiligung

- Wi - AA - EU -

V.

Zu den Vorlagen die Stellungnahmen abzugeben oder ihnen nach Maßgabe der Empfehlungen zuzustimmen, die in der jeweils zitierten Empfehlungsdruksache wiedergegeben sind:

34. Bericht über die Anwendung des Kulturgutschutzgesetzes

gemäß § 89 Kulturschutzgesetz
Drucksache 254/22
Drucksache 254/1/22
Ausschussbeteiligung

- K -

**38. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den europäischen Raum für Gesundheitsdaten
COM(2022) 197 final; Ratsdok. 8751/22**

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 256/22
zu Drucksache 256/22
Drucksache 256/1/22⁶
Ausschussbeteiligung

- EU - G - In -
- K - U - Wi -

⁶ Wi empfiehlt Kenntnisnahme.

54. Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Steuerbeamtinnen und Steuerbeamten (Steuerbeamtenausbildungs- und -prüfungsordnung - StBAPO)

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG

Drucksache 354/22

Drucksache 354/1/22⁷

Ausschussbeteiligung

- Fz - Wi -

59. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Personenbeförderungsgesetz

gemäß Artikel 84 Absatz 2 GG

Drucksache 276/22

Drucksache 276/1/22

Ausschussbeteiligung

- Vk -

VI.

Von einer Stellungnahme zu der Vorlage abzusehen:

**42. Vorschlag für eine Verordnung des Rates über koordinierte Maßnahmen zur Senkung der Gasnachfrage
COM(2022) 361 final**

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG

Drucksache 343/22

Drucksache 343/1/22

Ausschussbeteiligung

- EU - AV - U -

- Wi - Wo -

⁷ Wi empfiehlt Zustimmung ohne Änderungen.

VII.

Den Vorlagen ohne Änderung zuzustimmen:

52. Vierundsechzigste Verordnung zur Durchführung des § 172 des Bundesentschädigungsgesetzes

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 352/22
Ausschussbeteiligung

- Fz -

55. Dritte Verordnung zur Änderung der Anlage des Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetzes

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 348/22
Ausschussbeteiligung

- G -

VIII.

Entsprechend den Anregungen und Vorschlägen zu beschließen:

60. Benennung eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Stiftungsrates der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge

gemäß § 20 Absatz 1 HHG
Drucksache 340/22
Drucksache 340/1/22
Ausschussbeteiligung

- In -

61. Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für den Beratenden Ausschuss der Kommission für Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern

gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m. Abschnitt I der
Bund-Länder-Vereinbarung
Drucksache 386/22
Drucksache 386/1/22
Ausschussbeteiligung

- EU - FJ -

62. Benennung eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds für den Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

gemäß § 5 BEGTPG
Antrag des Landes
Nordrhein-Westfalen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 388/22

71. Benennung eines stellvertretenden Mitglieds für den Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

gemäß § 5 BEGTPG
Antrag des Landes Schleswig-Holstein
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 429/22

IX.

Zu den Verfahren, die in der zitierten Drucksache bezeichnet sind, von einer Äußerung und einem Beitritt abzusehen:

63. Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

Drucksache 339/22

Erläuterungen:

Art und Umfang der Mitwirkungsrechte des Bundesrates

Die Länder wirken gemäß Artikel 50 Grundgesetz bei der Gesetzgebung und der Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit. Art und Umfang der Mitwirkungsrechte richten sich nach der jeweiligen Vorlage. Die häufigsten Vorlagen sind:

a) Gesetzentwürfe der Bundesregierung

Noch bevor sich der Deutsche Bundestag mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung befasst, kann der Bundesrat zu dem Entwurf Stellung nehmen oder keine Einwendungen beschließen. Eine Stellungnahme des Bundesrates wird dem Bundestag dann in der Regel gemeinsam mit dem Gesetzentwurf zugeleitet.

b) Gesetzesbeschlüsse des Deutschen Bundestages

Bei zustimmungsbedürftigen Gesetzen kann der Bundesrat nach der Verabschiedung durch den Bundestag den Vermittlungsausschuss anrufen, dem Gesetz zustimmen oder nicht zustimmen.

Bei nicht zustimmungsbedürftigen Gesetzen kann der Bundesrat den Vermittlungsausschuss anrufen oder das Gesetz passieren lassen. Nach einem abgeschlossenen Vermittlungsverfahren kann der Bundesrat Einspruch gegen ein vom Bundestag beschlossenes nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz einlegen oder das Gesetz passieren lassen.

An der Eingangsformel eines Gesetzes lässt sich erkennen, ob es sich nach Auffassung des Urhebers um ein zustimmungsbedürftiges oder nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz handelt. Sie lautet entweder "Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen" oder "Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen". Weitere Erläuterungen siehe <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/zust-einspr/zust-einspr.htm>.

c) Gesetzesinitiativen der Länder

Der Bundesrat hat neben Bundestag und Bundesregierung ein Initiativrecht in der Gesetzgebung. Der Bundesrat kann auf Antrag eines oder mehrerer Länder beschließen, einen Gesetzentwurf mit oder ohne Maßgaben (=Änderungen gegenüber der Vorlage) beim Deutschen Bundestag einzubringen.

Weitere Erläuterungen zum Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/verfahren/verfahren.html> abrufbar.

d) Entschließungsanträge der Länder

Als politische Ergänzung des Initiativrechts kann das parlamentarische Mittel der Entschließung eingesetzt werden. Der Bundesrat kann auf Antrag eines oder mehrerer Länder beschließen, eine Entschließung mit oder ohne Maßgaben zu fassen. Entschließungen sind rechtlich jedoch nicht verbindlich.

e) EU-Vorlagen

Neben einem umfassenden Informationsanspruch hat der Bundesrat die Möglichkeit, der Bundesregierung gegenüber Stellungnahmen zu allen EU-Vorlagen abzugeben, die Länderinteressen berühren. Der Bundesrat kann seine Stellungnahmen auch der EU-Kommission direkt übermitteln.

Erläuterungen zur Mitwirkung in Europäischen Angelegenheiten sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/mitwirkung-eu/mitwirkung-eu-node.html> abrufbar.

f) Rechtsverordnungen

Der Bundesrat befasst sich mit Rechtsverordnungen der Bundesregierung oder einzelner Bundesministern, sofern diese zustimmungsbedürftig sind. Einer solchen Verordnung kann der Bundesrat mit oder ohne Maßgaben zustimmen oder ihr die Zustimmung versagen.

Der Bundesrat hat zudem ein eigenes Antragsrecht für Rechtsverordnungen. Er kann der Bundesregierung auf Antrag eines oder mehrerer Länder Vorlagen für den Erlass von Verordnungen mit oder ohne Maßgaben zuleiten.

g) Allgemeine Verwaltungsvorschriften

Ebenso wie Rechtsverordnungen sind auch zahlreiche Allgemeine Verwaltungsvorschriften von der Zustimmung des Bundesrates abhängig, wenn durch diese Vorschriften Kompetenzen der Länder berührt werden. Der Bundesrat kann einer solchen Verwaltungsvorschrift mit oder ohne Maßgaben zustimmen oder ihr nicht zustimmen.

h) Berichte der Bundesregierung

Der Bundesrat kann zu einem Bericht der Bundesregierung Stellung oder ihn zur Kenntnis nehmen.

i) Benennungen von Gremienvertretern des Bundesrates

Der Bundesrat hat aufgrund verschiedener Vorschriften die Möglichkeit, Gremienvertreter, z.B. in Bundesanstalten oder EU-Gremien, zu benennen.

j) Verfahren vor dem Verfassungsgericht

Der Bundesrat kann sich zu Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht äußern oder seinen Beitritt erklären.

Ausschussempfehlungen und Plenaranträge, sofortige Sachentscheidung

In der Regel werden alle Vorlagen von den fachlich zuständigen Ausschüssen beraten.

Diese geben dem Bundesrat Empfehlungen ab, die in der sog. Empfehlungsdruksache veröffentlicht werden. Die Empfehlungsdruksache hat in der Regel die Ziffer „1“ in der Drucksachennummerierung eingeschoben. Die Grunddruksache 123/14 beispielsweise hat die zugehörige Empfehlung in Drs. 123/1/14.

Der Bundesrat stimmt in der Regel über die einzelnen Ziffern einer Empfehlungsdruksache ab.

Der Bundesrat stimmt weiterhin über Plenaranträge eines oder mehrerer Länder ab. Diese werden ebenfalls in einer Drucksache veröffentlicht; in der Regel werden die Ziffern 2 fortfolgende in die Drucksachenummerierung eingeschoben, beispielsweise Drs. 123/2/14, 123/3/14.

Haben Ausschussberatungen nicht stattgefunden oder sind sie noch nicht abgeschlossen, kann ein Land die sofortige Entscheidung in der Sache beantragen. Der Bundesrat stimmt dann in der Regel zunächst über den Antrag auf sofortige Sachentscheidung ab.

Im Bundesrat wird in der Regel durch Handaufheben abgestimmt. Allgemein stellt der Bundesratspräsident nur die Ja-Stimmen und damit die Mehrheit oder Minderheit fest. Weitere Hinweise zur Stimmabgabe im Bundesrat finden sich unter <http://www.bundesrat.de/DE/bundesrat/br-plenum/stimmabgabe/stimmabgabe-node.html>.

Die angegebenen **Drucksachen** des Bundesrates sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/dokumente/dokumente-node.html> abrufbar.

Inhaltliche Erläuterungen zu allen Tagesordnungspunkten der 1024. Plenarsitzung sind unter <https://www.bundesrat.de/SharedDocs/TO/1024/download/1024-erlaeuterungen.pdf> abrufbar.

Plenarprotokolle sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/dokumente/plenarprotokolle/plenarprotokolle-node.html> abrufbar.